

Halle und Umgebung.

Halle, den 25. Januar 1916.

Aus dem Stadtparlament.

Die Gründung des „Provinzial-Einkaufs-Sachsen“ gab unseren Stadtbürgern gestern Gelegenheit, wieder einmal die Nahrungsmittelversorgung zu besprechen. Herr St. Hennig brachte die bekannten Mißstände in der Kartoffelversorgung zur Sprache, unter denen so mancher fälschliche Haushalt in diesem Winter schwer zu leiden hat. Vornehmlich natürlich die minderbemittelten Schichten, aber auch andere Familien; denn es war und ist ja in den Städten auch für Geld und gute Worte der Winterbedarf an Kartoffeln nicht zu decken. Wenn unser Magistrat im Besonderen die Feuerungsdeputation nicht ratlos bemüht wären, Kartoffeln zu beschaffen, so würden bei uns trotz der Kienerenergie Hunderte von Familien ohne dieses Hauptnahrungsmittel sein. Dem geplanten „Provinzial-Einkauf“ gegenüber, der auch die Versorgung mit anderen Nahrungsmitteln für unsere Provinz organisieren soll, brachte Herr St. Berghaus (übrigens gestern am Freitisch noch zum Teil verständlich) folgende Zweifel entgegen, wobei er sich auf die seiner Ansicht nach wenig befriedigenden Erfahrungen mit der Reichsgesellschaft und der Zentraleinkaufsgesellschaft berief. Ihm traten indes vom Magistratsrat Herr Bürgermeister Seydel, aus dem Stadtbürgerordnetenkollegium die Herren Hoffmann und Finger entgegen, die beide Gründungen in Schutz nahmen und im Besonderen dem neugeplanten Unternehmen „Provinzial-Einkauf“ das Wort redeten. Der Beitritt zum „Provinzial-Einkauf“ wurde darauf fast einstimmig beschlossen.

Weiter rügte Herr St. Berghaus, daß der Erweiterungsbau des Hospitals 1/4 Jahre nach seiner Fertigstellung noch immer leer stehe. Die Herren St. Kühme, Borges und Giese pflichteten ihm bei, während die Herren Bürgermeister Seydel und Stadtrat Trepelmann das Vorgehen des Magistrats, das Geschäft immer wieder verlagert, von Flüchtlingen für alle Fälle bereit zu unternehmen, besonders überzeugend klangen aber die Ausführungen nicht. Unsere Leser mögen sich selbst ein Urteil bilden aus dem ausführlichen Bericht über die Distinktion, die wir hier nachtragen:

Punkt 3 betrifft den Beitritt zum Provinzial-Einkauf Sachsen.
3. Der Magistrat hat beschlossen, dem „Provinzial-Einkauf Sachsen“, G. m. b. H., unter Billigung der Grundzüge des Gesellschaftsvertrages, insbesondere unter Übernahme der im § 3 festgesetzten Stammkapital von 18 500 Mk., einsehbar mit 25 Proz., und zwar aus dem Kriegsfonds, namens der Stadt Halle a. S. beizutreten. Die Verammlung stimmt zu und bewilligt die verlangten 4625 Mk. (Ref. Herr St. Steiner.)

Herr St. Hennig bringt die große Erregung der Bevölkerung über den Kartoffelmangel zur Sprache. Es ist unerhört, daß seit etwa 3 Monaten in keinem privaten Geschäft in Halle Kartoffeln zu haben sind, und dabei wird uns vom amtlichen Geschäft immer wieder, und doch mit gewaltiger Kartoffelnoträdre, nach der Statistik sind 52 Millionen Tonnen geremtet, 8 Millionen Tonnen brauchen die Städte nur für ihre Versorgung. Und dennoch stehen wir der ungeheuerlichen Ladung gegenüber, daß Regierung, Provinzialbehörden und Stadtverwaltungen alle zusammen mit allen Mühen und Drängen nicht in der Lage sind, die nötigen 8 Mill. Tonnen herauszubekommen. Das ist eine geradezu furchterliche Ladung. Die Stadt hat ja nun durch die Einrichtung des Kartoffelverkaufs für ihre Bürger zu langen sich bemüht, 700-800 Frauen stehen tagtäglich hunderten vor dem Kartoffelverkauf und drängen und selbst Streitigkeiten kommen vor, weil eben die Landwirtschaft uns nicht richtig versorgt. Wir hat erst unlängst ein hochangesehenes Mitglied unserer Versammlung gesagt, ein Gutsherr in der Nähe habe seinem Amtsvorsteher, der die Herausgabe von Kartoffeln verlangte, erklärt: „Weber lasse ich verkaufen.“ Wo man sich bei unseren Behörden nun gar keinen Rat weiß, verfallt man jetzt auf den Ausweg, die Höchstpreise von neuem herauszusetzen zu wollen. Diese eine Ladung ist die trübste Erfahrung in unserem ganzen Wirtschaftsleben. Die Kartoffel ist ja das Hauptnahrungsmittel für die ärmere Bevölkerung, und doch man solche Mißstände entstehen können, läßt uns fast an dem deutschen Organisationsgeist verzweifeln. Der Handel ist auch nicht frei von Schuld; er leistet in der Sache passiv Resistenz. Bei den Höchstpreisen kann er nicht genügend verdienen; das Grundprinzip des Handels ist aber Profitmachen und infolgedessen hat er am Kartoffelhandel kein Interesse mehr. Bei der Butter ist Mangel, das ärgert uns auch nicht weniger, wenngleich wir wünschen, daß Ungleichheiten nicht vorzukommen möchten, wie z. B. daß Butter besser mit Butter versorgt ist als Halle. Aber

empfindet er den Mangel an Kartoffeln.

Die Nahrungsmittel sind im Kriege Allgemein Gut, darum ist es zu begrüßen, wenn jetzt wieder der Provinzial-Einkauf gegründet wird, denn damit nimmt die Allgemeinheit die Versorgung in die Hand, und nicht mehr der Profit ist die Triebfeder, sondern das Allgemeinwohl. In dieser Einrichtung liegt übrigens ein sehr beachtenswerter Fingerzeig, daß wir auch im Frieden die Nahrungsmittelversorgung von Seiten der Allgemeinheit, in diesem Falle Stadt und Provinz, in die Hand nehmen möchten.

Herr St. Berghaus bewies, daß die neue Gründung der Stadt Vorteile bringen wird. Wir kaufen ja doch erst dann aus zweiter Hand. Er erinnert an die Reichsgesellschaft, die auch nur dazu geholfen habe, daß wir hohe Getreidepreise bekommen haben. Der Landwirt bekommt nun für die Tonne Roggen 220 Mk., aber das gute Korn müßte er mit 310 Mk. zurückkaufen. Dabei würden Kienergewinne gemacht. Wenn kommen die zugute? Etwas dem Reich? Nein, sie werden aufgehört durch den Herr von hochbegabten Beamten; es würden zum Teil Geschäfte gemacht, als sie ein Minister bezieht. Vielleicht kann uns darüber mal Herr Oberamtman Görg, der ja mit alle geht, Auskunft geben. Mit der Zentraleinkaufsgesellschaft ist es ähnlich. Mit dem Provinzial-Einkauf wird sich das selbe Spiel im kleinen wiederholen. Auch hier wird die Ver-

waltung wieder viel Geld kosten und keineswegs Hoffnung lassen, daß wir billigtte Nahrungsmittel kriegen.

Herr St. Hoffmann: Lieber die Reichsgesellschaft, die Herr St. Hennig als Vorbild vorhält, unterliegt. Sie dient dazu, um im Kriege nachzugeben, um diesen Zweck erfüllt zu sein, ausgehend von Halle. Es ist nicht erforderlich, daß übermäßige Gehälter gezahlt werden. Am Anfang ist ein beratender einzeln Fall vorzunehmen, aber man hat längst Abhilfe geschaffen. Jetzt kriegen die Direktoren durchaus normale Gehälter, etwa 10 000 Mk.

Herr St. Finger: Herr Berghaus ist über die Sache nicht richtig unterrichtet. Ich kann nur erklären, daß die Zentraleinkaufsgesellschaft eine recht glückliche Gründung gewesen ist. Sie regelt den Einkauf der Nahrungsmittel auch im Auslande. Dort hatte vorher ein Wettbewerb stattgefunden; nicht bloß die einzelnen Länder überboten sich, sondern auch die einzelnen Städte, und dadurch wurden die Preise immer weiter in die Höhe getrieben. Als die neue Gesellschaft ins Leben trat, hat das aufgehört, z. B. hinsichtlich der Butter.

Herr Bürgermeister Seydel: Ein Teil der Vertreter des Herrn Berghaus ist bereits widerlegt. Er verwirklichte in seiner Rede Reichsgesellschaft und Zentraleinkaufsgesellschaft. Die Gerichte über die Kienergewinne hat schon der Herr Oberbürgermeister im vorigen Jahre, als Herr Berghaus noch nicht dem Kollegium angehört, als irrig nachgewiesen. Wir werden von dem neuen Provinzial-Einkauf keine Vorteile, sondern Vorteile haben. Wenn wir nicht beitreten, so bekommen wir gewisse Nachteile, z. B. die aus dem Auslande bezogen werden, überhaupt nicht. Und auch hinsichtlich der anderen Nahrungsmittel würden wir uns ganz empfindlich fühlend; wir müßten beim Nichtbeitritt höhere Preise aufwenden. Der Provinzial-Einkauf ist lediglich eine Fiktion, die das Geschäft erleichtert. Wir müßten wir alles aus Berlin von der Zentraleinkaufsgesellschaft, jetzt erhält jede Provinz eine zentralisierte Versorgung. Daß wir die Waren aus zweiter Hand bekommen, ist darum nicht richtig. Neben dieser Funktion als Fiktion hat die Zentraleinkaufsgesellschaft zu wirken, denn die Provinzial-Einkaufsgesellschaft selbständig vorzugehen, kann ihrerzeit schädlicher sein. Verbände will sie nicht, sie will keine Dividende herauswirtschaften, abgeben von der mäßigen Verzinsung von 4 Prozent. Einen Geschäftsführer, den wir bezahlen müssen, werden wir selbstverständlich anstellen. Aber die Aufsichtssämter werden ehrenamtlich vermaßt. Herr Hennig müßte sich beipflichten, was seine Beschwörungen über die Kartoffelversorgung angeht. Es ist wirklich ein beklagenswerter Zustand, wie es uns damit geht. Der Handel steht der Realität passiv gegenüber, das ist selber unser Verhängnis. Der Handel ist sich nicht genügend bemüht, uns über die Mißstände hinauszuweisen, die Stadt allerdings ist

fieberhaft tätig, sich immer weitere Kartoffelvorräte zu schaffen.

Das ist ja auch bisher gelungen. Erst heute ist der Degernert Herr Stadtrat Hertel wieder unterwegs, um bei den großen Grundbesitzern unserer Umgegend Kartoffeln einzukaufen. Außerdem haben wir ein Sandelteam an die Reichs-erwerbssstelle zu wirken, denn über die Provinzial-Einkaufsgesellschaft unter Herr Oberbürgermeister in Berlin im gleichen Maße tätig, mo der Vorstand des Stadtrates über die Kartoffelfrage eine Sitzung abhielt. Hoffentlich sollen sich die Dinge so regeln, daß die Allgemeinheit zufrieden gestellt werden kann.

Herr St. Frost: Der Handel hat nicht verlagert. Der Handel hat sich bemüht, seine volle Schuldigkeit zu tun, aber der Handel hat verlagern müssen infolge der Ausführerhohe und behördlichen Maßnahmen. Dem Handel war der Bezug abgeschnitten. Ich erkenne an, daß die Zentraleinkaufsgesellschaft im Kriege nötig ist, aber sie kann nur wirken, wenn dem Handel Berlin angeteilt werden. Darum darf man, wenn man gerecht urteilen will, nicht dem Handel Vorwürfe machen; er ist weder für die hohen Preise noch für den Mangel in der Versorgung verantwortlich. Die Zentraleinkaufsgesellschaft geht übrigens manchmal über den Rahmen ihrer Aufgabe hinaus, sie macht in einzelnen Fällen Spekulationsgeschäfte. Daß die Butterpreise durch sie gedrückt worden sind, ist ein Irrtum. Die Festsetzung der Höchstpreise allein hat die Preise niedriger gestaltet.

Herr St. Herzfeld: Es ist leicht, Anlagen zu erheben. Ich meine, weder die künftigen Behörden noch der Handel ist schuld. Die Stadt hat genug zu tun getan, aber auch dem Handel dürfen wir seine Verantwortung aufgeben. Ihn war es unmöglich, Kartoffeln in genügender Menge zu beschaffen. Und daß er kaufen sollte, nur um Verlust zu haben, das dürfte man ihm auch nicht zumuten. Die Debatte über die Reichsgesellschaft und die Zentraleinkaufsgesellschaft ist meiner Meinung nach noch verfrüht. Beide Einrichtungen sind gut in ihrer Idee; wenn Fehler gemacht sind, so liegt das vielleicht an bestimmten Persönlichkeiten. Auch die neue Gesellschaft, die jetzt ins Leben treten soll, der Provinzial-Einkauf, ist ihrem Grundgedanken nach ein gutes Werk,

aber an die Spitze muß eine geeignete Persönlichkeit sein. Das darf kein Jurist, auch kein Verwaltungsbeamter sein, sondern ein tüchtiger Fachmann. Dann wird sie zu unserem Vorteil werden. Den Wunsch des Herrn Hennig, daß auch nach dem Kriege die Lebensmittelversorgung durch die Städte gesichert möge, kann ich nicht unterstützen; das wäre für unsere Stadt ein Nachteil und für die Bevölkerung auch.

Herr St. Hennig: Herr Frost ist es nicht gelungen, den Handel von dem Vorwurf, den ich erhoben habe, weiszumachen. Warum entschließt sich denn jetzt die Provinz wieder, die Warenversorgung in die Hand zu nehmen? Weil der Handel verlagert. Die Bevölkerung klagte über Mangel, Preise, sie kamen durch den Handel. Ich gebe zu, daß der Handel Schwierigkeiten hat, weil die Produzenten nichts herausgeben, aber nach ist es: der Handel will nämlich verdienen, sonst hat er kein Interesse. Wenn die Allgemeinheit etwas unternehmen, zum Besten der Allgemeinheit, dann hat der Handel ein außerordentlich kritisches Auge, dann steht er jeden Angriff, wie Herr Frost uns eben bewiesen hat. Die Granaterversorgung hat unser Staat in wahrhaft glänzender Weise zu organisieren gewußt, es kann darüber nur einstimmige An-

erkennung geben, aber Kartoffeln, die in Unmenge vorhanden waren, konnten nicht genügend für die Städte bereitgestellt werden, weil die großen Kienergewinne zu sehr im Vordergrund standen und die Kleinrenten außer Acht gelassen und übersehen wurden. Ich will nicht inselnen, daß über nicht deutlicher äußere um den Bürgerleben zu mahnen.

5. Der Haushaltsplan für die Hospital-Verwaltung wird genehmigt. (Ref. Herr St. Borges.)

Herr St. Berghaus fragt an, warum denn der neue Bau, der Erweiterungsbaun, im südlichen

Hospital noch immer nicht in Betrieb

genommen sei. Das Gebäude stehe leer seit langen Monaten. Im Anfang habe eine Berechtigung gehabt, es zurzeit des Ausfalls der für städtische Flüchtlinge zu reservieren, aber jetzt muß man sich fragen, warum die vielen alten Leute, die da vorgebracht sind, nicht in das Heim hineinkommen.

Herr St. Kühme: Die Anfrage des Herrn Berghaus sehr berechtigt. Auch der Hospitalvorstand sei der Ansicht, daß das Gebäude längst bezogen sein könnte. Wir haben mal in Halle 20 Flüchtlingsfamilien zu verpflegen gehabt, aber das ist lange her, jetzt hat der Nationale Frauenbund die Räume mit Beschlag belegt und da können wir nichts machen. Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, das Gebäude soll noch nicht bezogen werden, es wird aber den Hospitalisten, die vorgebracht sind, 90 Pf. pro Tag und ein Zuschuß zur Miete gezahlt.

Herr St. Giese: Wenn der Magistrat in dieser Weise den Willen der Hospitalverwaltung mißachtet, dann kann ich nur raten, mögen die Herren vom Kuratorium sämtlich ihre Memten niederlegen.

Herr Bürgermeister Seydel: Die Deputation ist ein Organ des Magistrats, das überhört Herr Giese. Wenn der Magistrat die Verlegung auch, die Belegung empfiehlt sich noch nicht, so ist eben kein Wille maßgebend. Es ist übrigens auch nicht so schlimm, wenn die vorgebrachten Hospitalisten ein halbes Jahr später in das Gebäude hineinkommen, sofern nur die Armenverwaltung für sie sorgt. Und das tut sie doch, wie Herr Kühme Ihnen gesagt hat, in ausreichender Weise.

Herr Stadtrat Trepelmann: Wir müssen uns das Gebäude zur Versorgung der Flüchtlinge verfügbar halten, sonst wären wir gezwungen worden, in einer ungünstigen Zeit neue Räume zu beschaffen.

Herr St. Borges stellt sich auf den Standpunkt des Herrn Berghaus. Die Stadtbürgerordnetenversammlung hat nicht für das Gebäude deshalb die Mittel bewilligt, daß es zugunsten des Nationalen Frauenbundes seiner Bestimmung entzogen werde. Irdenwelche persönlichen Rücksichten dürfen dabei nicht in Frage kommen. Warum die weiten Räume immer noch frei bleiben, darüber ist noch nichts Kläres gesagt.

Herr Bürgermeister Seydel: Irdenwelche Rücksicht auf Persönlichkeiten spielt bei der Nichtbelegung des Gebäudes keine Rolle. Die Räume ist doch nur ein Teil des großen Gebäudes und wenn die Räume jetzt, da das Gebäude aus anderen Gründen leerstehen muß, vom Nationalen Frauenbund benutzt wird, so ist das eine erfreuliche Tatsache.

Herr St. Giese: Das Gebäude steht schon anderthalb Jahre leer und niemand, auch der Magistrat nicht, weiß darüber einen triftigen Grund anzuführen. Dem Nationalen Frauenbund hätten wir für geringes Geld anderswo eine Räume beschaffen können.

Herr St. Berghaus stellt den Antrag, den Magistrat zu erziehen, den Erweiterungsbaun des Hospitals schleunigst zu belegen.

Herr St. Wausch bittet, den Antrag nicht anzunehmen, denn mit den Mitteln, die im Etat des Hospitals vorgezogen sind, könne man jetzt die neu hinzukommenden Hospitalisten nicht mehr erhalten, dann müßte man einen ganz neuen Etat aufstellen.

Herr Stadtrat Trepelmann bestätigt das. Der Zeitpunkt für den Antrag Berghaus für die Belegung ist gerade jetzt sehr ungünstig. Der Magistrat habe übrigens immer noch auf dem Standpunkt, daß er sich das Gebäude freihalten müsse, falls mal aus dem Krieg oder irgendwo Flüchtlingsfamilien unterzubringen sind.

Der Etat wird genehmigt.

In der gestrigen gesessenen Stadtbürgerordneten-Sitzung wurden folgende Beschlüsse vorgenommen: Frau Elisabeth Jenich als 8. Mitglied des Vorstandes der Stiftung Weidensberg, Rentier Rogge als Armenpfleger des 16. Bezirks, Pastor Vogt als Pfleger im 7. Bezirk, Bankier Somburg als Mitglied des Hospitalvorstandes wiedergewählt, Kaufmann Elsner als Schiedsman für den 1. Bezirk.

Nahrungsmittelförderung und Lebensmittelwucher.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

In der Öffentlichkeit ist jetzt die Ansicht fast verbreitet, daß weder Stadtbürgermeister noch die Nahrungsmittelförderung und Lebensmittelwucherer tun. Diese allfälligerweise falsche Ansicht gründet sich darauf, daß im Gerichtsal der Zeitungen allerdings nur selten eine beratige Gerichtsverhandlung gebracht wird. Das hat aber einen guten Grund. Durch die in immer reichlicheren Maße erscheinenden Verfügungen und Verordnungen der Behörden waren die Gerichte so stark überlastet, daß mit aröther Mühe kaum durchzukommen war. Durch mittlereilliche Verfügungen ist daher angeordnet worden, daß alle beratigen Verfügungen und Lieberetzungen durch sogenannte Straßensprüche erledigt werden können. Das bringt eine große Entlastung der Gerichte. Da die meisten der mit Straßensprüchen Beschäftigten hüten, den Einbruch einzulassen und öffentliche Verhandlung zu beantragen, erklärt die Bevölkerung bittermächtig von den Verurteilungen mancher Straßensprüche. Es steht jedoch fest, daß es eine übliche Verhältnisse sind, die obenbenannten Bestimmungen vorgekommen sind und leider trotzdem und allem noch vorkommen. Das mag seinen Grund darin haben, daß die öffentlichen Verhandlung durch die Presse durch die Straßensprüche unterbunden ist. Bekanntlich fürchten alle beratigen Personen die Bekanntgabe ihrer lauberen Mängelhaftigkeiten mehr als ihre ge-

Salvit das Einreibemittel

Rheumatische Schmerzen, Hexenschuß, Reiben, in Apotheken Fl. M. 1.40; Doppelpf. M. 2.40.

